

Drogensucht bleibt ein Dauerproblem

Ende Sommer war das Thema Drogen in der Stadt Zürich manchen Medien nach längerer Pause plötzlich wieder Schlagzeilen wert. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stand und steht noch das Gebiet Bäckeranlage - Langstrasse - Neufrankengasse im Stadtkreis 4, wo die Quartierbevölkerung mit Unmut und Besorgnis Ansammlungen von Randständigen beobachtet. Besonders auffällig sind die Konsumenten des sogenannten Freebase, eines Kokainderivats, das geraucht wird und im Gegensatz zu Heroin aggressiv macht. Ungute Erinnerungen an die Zeiten der offenen Drogenszenen am Letten und am Platzspitz tauchten auf, und bald wurden Forderungen nach verstärkten Polizeieinsätzen sowie nach Umzäunung und Nachtschliessung der Bäckeranlage laut. Ein entsprechendes Postulat soll demnächst vom Gemeinderat behandelt werden.

Hat die Stadt Zürich ein «neues» Drogenproblem? Droht eine neue offene Szene? Oder ist diese sogar schon Realität, wie manche behaupten? Polizei und Drogenfachleute sind sich einig: Von einer Situation, wie sie noch vor einigen Jahren zu Zeiten der offenen Szene am Letten herrschte, ist die Limmatstadt heute – zum Glück – meilenweit entfernt. Im Vergleich mit damals sind es gesamthaft gesehen nicht nur viel weniger Personen, die sich diesen Sommer in der Bäckeranlage zusammengefunden haben (und trotz verstärkter Polizeipräsenz teilweise immer noch zusammenfinden). Unter ihnen befinden sich auch massiv weniger Drogensüchtige von ausserhalb des Kantons Zürich, als dies vor Jahren der Fall war. Mit anderen Worten: es treffen sich nicht mehr Drogenkonsumenten aus der ganzen Schweiz in unserer Stadt. Und schliesslich ist auch festzuhalten, dass die jüngste Szene, zu der viele Alkoholiker und Medikamentensüchtige zählen, nicht gewalttätig ist – im Gegensatz zu jener am Letten. Parallel dazu zeigt die Statistik, dass die Zahl der Drogentoten seit der Lettenschliessung fast kontinuierlich im Sinken begriffen ist; erneut zu-

rückgegangen ist in diesem Jahr aber auch die Zahl der Verzeigungen wegen Heroinkonsums.

Dennoch: die Entwicklung in der Bäckeranlage beweist mit aller nur wünschbaren Deutlichkeit, dass es nach wie vor sehr grosser Anstrengungen bedarf, um das Aufbrechen neuer offener Szenen zu verhindern. Vorübergehende Personalengpässe bei der Polizei, die sich im Sommer durch die verstärkte Bewachung ausländischer Konsulate ergaben, genügen, um erste Ansammlungen entstehen zu lassen. Dies zeigt, dass Polizei und Gassenarbeiter in ihren Bemühungen keinen Moment nachlassen dürfen, wenn die Situation unter Kontrolle bleiben soll.

Dass dem so ist, kann nicht wirklich erstaunen, hat sich doch die Drogenproblematik in den letzten Jahren nicht fundamental verändert. Zwar konsumieren Jugendliche heute offenbar eher Designerdrogen als Heroin, aber die Zahl der Drogensüchtigen insgesamt wird von Fachkreisen als unverändert eingeschätzt. Die Suchtbereitschaft in unserem Land gilt als hoch, und Zürich ist nach wie vor das Drogenhandelszentrum der Schweiz: der Stoff ist in grossen Mengen und zu günstigen Preisen erhältlich, der Handel funktioniert immer ausgeklügelter. Geändert hat sich vorab die Wahrnehmung der Öffentlichkeit: Während zu Zeiten der offenen Szenen dramatische Bilder verwahrloster Gestalten in Presse und Fernsehen das Elend der Drogenkranken regelmässig dokumentierten, ist die Szene heute – mit Ausnahmen, wie das Beispiel Bäckeranlage beweist – eine verdeckte. Dies hat zur Folge, dass auch das Problem selber zuweilen in Vergessenheit gerät oder gar als «gelöst» gilt, wenigstens bei jenen, die davon nicht unmittelbar betroffen sind. Wenn dann scheinbar plötzlich da oder dort Ansätze von neuen Szenen sichtbar werden, lassen sich damit wirkungsvolle Schlagzeilen schreiben, die ihrerseits tatsächlich eine unheilvolle Sogwirkung auslösen können.

Nach wie vor gilt also: Die Drogensituation in der Stadt Zürich befindet sich seit der Lettenräumung in einem labilen Gleichgewicht, um das laufend hart gekämpft werden muss. Die Lage ist dank der Vier-Säulen-Politik, das heisst dank koordinierten Massnahmen in den Bereichen Prävention, Therapie, Überlebenshilfe und Repression, insgesamt «stadtverträglich» geworden. Punktuell ist sie aber unbefriedigend und fordert von Polizei und sozialen Betreuern Sondereinsätze. Eine grundsätzliche Änderung dieses Zustands im Sinne einer durchgreifenden Besserung ist kurzfristig nicht absehbar. Diese Feststellung ist zumal aus Sicht der Bewohnerinnen und Bewohner der Stadtkreise 4 und 5, in denen sich eine Vielzahl verschiedener Probleme (Sexmilieu, hoher Ausländeranteil) kumulieren, unbefriedigend, aber leider realistisch.

Ein Wundermittel gegen örtliche Ansammlungen randständiger Personen existiert nicht. Es wird in der Stadt Zürich immer Menschen geben, die im Verlaufe ihres Lebens aus den sozialen Bezügen herausfallen, die keinen festen Wohnsitz haben und in der Öffentlichkeit auffällig werden, weil sie Suchtmittel konsumieren. Diese sammeln sich einmal am Stadelhofen, einmal in der Bäckeranlage und dann an einem dritten Ort. Repression allein ist kaum sehr wirksam, weil sie letztlich nur eine Verdrängung der Randständigen an einen anderen Ort bewirkt. Am ehesten kann es wohl den Gassenarbeitern gelingen, diese Menschen vermehrt zu integrieren, indem sie den Kontakt mit ihnen aufnehmen und sie davon zu überzeugen suchen, dass es sich lohnt, auf Hilfs- und Betreuungsangebote einzusteigen.

Dass es in diesem Bereich noch Möglichkeiten gibt, zeigt zum Beispiel die Tatsache, dass die Heroinprogramme in der Stadt Zürich nicht ausgelastet sind. Nach Einschätzung von Fachleuten hat dies damit zu tun, dass die Programme sehr restriktive Aufnahmekriterien haben und deshalb unter den Drogenkranken den zweifelhaften «Ruf» geniessen, nur für jene geeignet zu sein, die in gesundheitlicher und sozialer Sicht die absolute unterste Stufe erreicht haben, also praktisch völlig am Ende sind. Verbesserte Information könnte hier wohl noch einiges bewirken. Doch letztlich mag der Einsatz an allen Fronten so gross sein, wie er will, es wird Zürich niemals gelingen, das Drogenproblem ein für allemal zu lösen – die Stadt muss lernen, damit zu leben und umzugehen. Sie tut dies heute schon deutlich besser als noch vor wenigen Jahren.

cb.

Ständeratskandidaten im Portrait

Vreni Spoerry – Wohlfahrt statt nur Wohlstand

Partnerschaft von Wirtschaft und Staat: Wie kaum eine zweite politisch aktive Person ihrer Generation verkörpert Vreni Spoerry diese freisinnige Idee. Sie wurde vor vier Jahren als Zürcher Ständerätin in Bern erkoren und möchte nun als solche eine zweite und letzte Amtszeit wirken.

stü. Sie enttäuschte die Patrioten nicht, die sich am ersten August auf dem Festplatz eingefunden hatten. Die Verunsicherung, welche die Nation in letzter Zeit heimgesucht habe, sei nicht das Zeichen für ein Versagen der Institutionen, sondern für einen geschichtlichen Umbruch. Der Versuch, die Herausforderungen der Zeit zu meistern, gehe für sie Hand in Hand mit einem «überzeugten Bekenntnis zu unserem System», erläuterte die Ständerätin, am Rednerpult der Zürichseegemeinde stehend. Vreni Spoerry, 61-jährig, aufgewachsen in einer mittelständischen Bauunternehmer-Familie, hatte als Horgener RPK-Mitglied begonnen, liess keine Stufe auf der föderalistischen Leiter aus, brachte es schliesslich bis zur mehrmaligen inoffiziellen Bundesratskandidatin. Wie kaum eine zweite politisch noch aktive Person in ihrer Generation verkörpert sie jene Verbindung von Wirtschaftsnähe und Staatstreue, von Geschäftssinn und Gemeinsinn, die ihre Partei berühmt, erfolgreich und staatstragend gemacht hat. Am Nationalfeiertag redet sie deshalb keine Staatskrise herbei. Aber weil sie die Früchte der «Erfolgsgeschichte Schweiz», wie sie es nennt, in eine neue Epoche hinüberbetreten will, fordert sie den Wandel, und dies eindringlich.

Wo andere die Gegensätze konstruieren, sieht Spoerry banale Zusammenhänge. Der nationale Erfahrungsschatz des «Sonderfalles Schweiz»? Natürlich, den brauchen wir zur Bewältigung der neuen Herausforderungen, wie sie mit Europa, den Flüchtlingswellen oder der sicherheitspolitischen Lage an uns herangetragen werden, meint sie. Ein friedliches Zusammenleben, eine soziale Verantwortung? Natürlich, es handle sich um zwei der höchsten Staatszwecke, und für beides sei die freie Marktwirtschaft, die möglichst freie Verfügung der Unternehmen und Bürger über das Erwirtschaftete, die unabdingbare Grundlage.

Nationale Würde und Europa

Die Verwaltungsrätin dreier hochpotenter Unternehmen und Präsidentin der ständerätlichen staatspolitischen Kommission will lieber Wohlfahrt als nur Wohlstand. Damit es weiterhin allen möglichst gut geht, müsse sich etwas bewegen. Nationaler Wertefundamentalismus ist der Zürcherin mit italienischem Blut in den Adern – wie sie selber anmerkt – fremd. Sie möchte nicht ausschliessen, dass das Land dereinst den holprigen

Vreni Spoerry-Toneatti

stü. Vreni Spoerry-Toneatti wurde 1938 geboren und wuchs in Rapperswil auf. Sie ist verheiratet und Mutter dreier Kinder. Nach einer Handelsmatura studierte sie Rechtswissenschaften und schloss mit dem Lizentiat ab. Zwischen 1978 und 1986 war sie Gemeinderätin und Finanzvorstand von Horgen. 1979 wurde sie in den Kantonsrat gewählt, 1983 in den Nationalrat, wo sie bis 1995 wirkte. Seit 1996 vertritt Vreni Spoerry den Kanton Zürich im Ständerat. Privat präsidiert sie unter anderem die Toneatti AG, Rapperswil, und das Energieforum Schweiz und ist Verwaltungsrätin der CS Group, der SAirGroup und der Nestlé SA.

Weg einer vollständigen Integration in die Brüsseler Gemeinschaft gehen muss, um traditionelle Staatsziele – zu denen sie die «nationale Würde» zählt – erreichen zu können.

Und Wohlfahrtspolitik, wie sie sie versteht, hat sie in den letzten Jahren auch betrieben. Es war eine Politik auch für den Wirtschaftsraum Zürich, da dieser nun einmal das ökonomische Zentrum des Landes darstellt und sich durch Vreni Spoerry in Bern vertreten lässt. Darum gebeten, wichtige Etappen der Legislatur zu nennen, streicht sie unter anderem die AHV-Revision heraus, das Unternehmenssteuerrecht, das Binnenmarktgesetz, die Beseitigung technischer Handelshemmnisse und die erste Fassung des – an der Urne schliesslich gescheiterten – Arbeitsgesetzes. Ging es darum, für die Ertelung der Konzession an den Flughafen Zürich genügend Personal einzusetzen, für die Vorfinanzierung der Schliessung von Zürcher Autobahnlinien zu kämpfen oder für den Ausbau des Rapperswiler Seedamms einzustehen, war die Zürcher Freisinnige ebenfalls mit Voten und Eingaben zur Stelle.

Gerade in ihrer Fraktion habe es aber auch Sündenfälle gegeben, räumt sie ein. Der Ruf nach Energie-Subventionen gehöre sicher dazu. Die Wohneigentümer-Initiative sei auch ihr persönlich zu weit gegangen, das freisinnige Zerwürfnis darüber sei ungut gewesen. Die Tatsache, dass das Meinungsspektrum in ihrer Partei auch sonst vielfältiger ist als beim bürgerlichen Konkurrenten SVP, erklärt sich Spoerry vor allem durch die starke Verankerung auch in der Romandie. Insgesamt, so ihre Ansicht, sei man den freisinnigen Maximen aber treu geblieben. Vreni Spoerry, die Wohlfahrtspolitikerin, die zu allen wichtigen Ge-



Vreni Spoerry (fdp., Horgen). (Bild Hofer)

meinschaftsanliegen Stellung bezogen hat, von der langfristigen AHV-Sicherung über die grossen Infrastrukturvorhaben wie die Neat bis zur europäischen Integration oder dem Ringen um eine vernünftige Asylpolitik – sie hätte aus der Sicht vieler Berner Kollegen das Zeug zur Landesmutter gehabt. Viernall stand sie als Bundesrätin ernsthaft zur Diskussion. Als sie noch drei Kinder zu betreuen hatte, lehnte sie strikte ab; Elisabeth Kopp machte das Rennen. Nach Kopp's Rücktritt hätte es ihrer Ansicht nach grundsätzlich keinen Zürcher leiden mögen; sie sagte Nein. Gegen die Doppelkandidatur Brunner/Dreifuss mochte sie nicht antreten, weil es ihrer Ansicht nach unbedingt eine welsche Frau sein musste.

Und dann kam 1995 der Rücktritt Otto Stichs. Jetzt war jemand aus Zürich gefragt, und Spoerry, die Bewegung lieber hat als Stillstand, erachtete die Zauberformel nicht als unabänderlich. Die Zürcher Deputation brachte sie – einmal mehr – ins Spiel, und Spoerry liess die Kollegen, mehr aus Pflichtgefühl denn aus Überzeugung, gewähren. Nur knapp entschied sich die Fraktion gegen eine offizielle Kandidatur. Doch die Stimmenzahlen des ersten Wahlgangs liessen aufhorchen. Spoerry sah sich schliesslich gezwungen, im Kreise der vereinigten Bundesversammlung, vor den Augen der Fernsehstation, die Erklärung abzugeben, dass «keine freisinnige Kandidatur» bestehe. Die Frage, ob Spoerry selber zur Klinker der Tür ins Bundesratszimmer gegriffen hätte, wäre sie nur genügend unterstützt worden, blieb offen. Ratlosigkeit und Ärger über die Winkelzüge im Dämmerlicht machten sich nicht nur in den NZZ-Spalten breit. Das ausgestreckte Zürcher Bein, das Moritz Leuenberger hätte zum Stolpern bringen sollen, geriet für die Protagonisten denn auch zum schmerzlichen Bumerang. Statt Erfolg hatten sie das Nachsehen, statt Profil gewonnen nur Kopfschütteln und harsche Kritik geerntet.

Von der SVP bedrängt

Ein zweiter Denkkzettel blieb Spoerry nicht erspart. In ihrem ersten, mit drei ernsthaften Mitbewerbern geführten Wahlkampf für den Ständerat erreichte sie das absolute Mehr knapp nicht. Die SVP wollte sie danach auf einen Zürcher Regierungssitz abdrängen, um ihren kantigen Toni Bortoluzzi im Stöckli postieren zu können. Das höhere Ergebnis im ersten Wahlgang, die Popularität und Hartnäckigkeit Spoerry's bahnten ihr schliesslich dennoch den Weg auf einen der Sessel in der kleinen Kammer. Auf dem will sie nun noch eine zweite und letzte Amtszeit wirken und das Problem lösen helfen, das sie als das derzeit grösste für das Land ansieht: Den Wirtschaftsstandort genug attraktiv halten, damit die Menschen arbeiten und die Firmen florieren können und damit der Staat seine Aufgaben wahrnehmen kann, die das Gemeinwohl fördern.

Küsnacht verlangt neue Spitalzuteilung

pem. In einer Eingabe an die Gesundheitsdirektion verlangt die Gemeinde Küsnacht eine Neuordnung der Einzugsbereiche der Spitäler in Männedorf und Zollikerberg. Gemäss geltender Zuteilung gehört Küsnacht zu 4/5 zum Einzugsbereich des Kreisspitals Männedorf und zu 1/5 zum Spital Neumünster. Unter Hinweis auf geänderte Patientenströme und die geographische Lage verlangt die Seegemeinde, inskünftig zu 3/4 dem Spital Neumünster und zu 1/4 dem Spital Männedorf zugeteilt zu werden. Bis Ende Juni seien im Spital Zollikerberg 206 und im Spital Männedorf 178 Küsnachter Patienten eingetreten. Die vom Regierungsrat beschlossene Aufwertung des Spitals Neumünster zum Schwerpunktspital mit ausgeweitetem Leistungsangebot werde zur Folge haben, dass sich die Küsnachter Bevölkerung für Spitalbehandlungen noch stärker nach Zollikerberg hin ausrichten werde.

ZÜRICH UND REGION

ZÜRCHER KULTUR

«Richard II.» – ohne Sang und Klang

Regisseur Rüdiger Burbach will im Laufe der Spielzeit jene Dramen Shakespeares auf die Bühne des Schauspielhaus-Kellers bringen, welche sich mit der englischen Nationalgeschichte befassen. Am Donnerstag war «Richard II.» an der Reihe – in Light-Version. 46

STADT ZÜRICH

Pius Segmüller – Chef der Schweizergarde

Der Mensch und die Sicherheit stehen im Mittelpunkt von Pius Segmüllers Leben – aber auch der Glaube, sonst wäre der ehemalige Lehrer und Instruktionsoffizier kaum dem Ruf aus Rom gefolgt, das Kommando der päpstlichen Schweizergarde zu übernehmen. 47

KANTON ZÜRICH UND REGION

Schloss Bellikon wird versteigert

Zahlreiche Geschichten ranken sich um das Schlösschen Bellikon und seine Bewohner. Der Sitz beherbergte einst Zürcher Ratsleute, Innerschweizer Untervögte, Fabrikantenfamilien und Immobilienhändler. Jetzt soll das Schloss versteigert werden. 49

Controllingprojekt für Sozialdienst

Mit einem speziellen Controllingprojekt will der Zweckverband Soziale Dienste für Erwachsene im Bezirk Uster den immer komplexer werdenden Aufgabenbereich mit den begrenzten Finanzen in Einklang bringen. Gleichzeitig wird die Transparenz verbessert. 51

Eine Halle gegen den Kompostgestank

In der Umgebung der Deponie Riet in Oberwinterthur wird es künftig nicht mehr nach verfallendem Grünzeug stinken. Auf dem Gelände der Deponie hat die Stadt Winterthur eine neue Umladestation mit geschlossener Halle eingeweiht. 51